

ANTRAG

der Abgeordneten Dr.Michalitsch, Mag.Schneeberger, Hinterholzer, Kurzreiter, Roth, Schittenhelm und DI Toms

betreffend Förderung des fairen Handels mit Entwicklungsländern als Bestandteil der NÖ Entwicklungspolitik

Der europäische Fair-Trade-Sektor importiert Produkte von 800.000 Erzeugerfamilien in 45 verschiedenen Entwicklungsländern und verbessert dadurch nicht nur die Lebensbedingungen von 5 Mio. Menschen in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern leistet auch einen direkten Beitrag zur Demokratisierung, zur gleichberechtigten Einbindung von Frauen in die Produktion, zum nachhaltigen und umweltverträglichen Wirtschaften sowie zur Einführung und Einhaltung arbeitsrechtlicher Mindeststandards in Entwicklungsländern. Er bietet eine sozialverträgliche Alternative zum bloßen Verbot der Kinderarbeit, das ohne flankierende Maßnahmen zur Kinderprostitution und Kinderkriminalität führen könnte.

Der Nationalrat hat daher mit EntschlieÙung vom 24.November 2000 die Bundesregierung aufgefordert,

- die Förderung des fairen Handels mit Entwicklungsländern als Bestandteil der österreichischen Entwicklungspolitik zu verankern,
- alle Möglichkeiten der Berücksichtigung im öffentlichen Beschaffungswesen zu prüfen, und
- sich in internationalen Gremien – insbesondere der WTO und der EU – für die Schaffung der Voraussetzungen einzusetzen, damit sich diese Form des gerechten, sozial und ökologisch verträglichen Austausches positiv entfalten kann.

Auch vom Europäischen Parlament wurde unterstrichen, dass sich der Faire Handel als effizienteste Art der Entwicklungsförderung erwiesen hat. Das Europäische

Parlament sprach sich daher für die Aufnahme der Fair-Trade-Idee in die Lomé-Nachfolgekonzvention aus.

Auf Grund der besonderen Bedeutung des Fairen Handels als Instrument zur Förderung einer menschlichen Entwicklung sollte auch das Land Niederösterreich diesen Beispielen folgen und im Bewusstsein seiner Vorbildfunktion zielorientierte Maßnahmen zur Förderung des fairen Handels ergreifen.

Als Kriterium des fairen Handels gilt das von der Europäischen Union ausgezeichnete „Trans-fair“ – Gütesiegel.

Die Gefertigten stellen daher den

ANTRAG:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die Förderung des fairen Handels mit Entwicklungsländern auch in die niederösterreichische Entwicklungspolitik zu integrieren,
2. alle Möglichkeiten zu prüfen, inwieweit in der Gesetzgebung, im Budget und im öffentlichen Beschaffungswesen die Förderung des fairen Handels angemessen berücksichtigt werden kann, und
3. sich auf nationaler Ebene, aber auch in allen internationalen Vereinigungen und Gemeinschaftsorganen, in welchen Niederösterreich vertreten ist, für die positive Entfaltung dieser Form des gerechten, sozial und ökologisch verträglichen Austausches einzusetzen.“